

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Angelika Brunkhorst, Michael Kauch, Horst Meierhofer, Jens Ackermann, Dr. Karl Addicks, Christian Ahrendt, Uwe Barth, Rainer Brüderle, Ernst Burgbacher, Patrick Döring, Jörg van Essen, Paul K. Friedhoff, Horst Friedrich (Bayreuth), Dr. Edmund Peter Geisen, Hans-Michael Goldmann, Miriam Gruß, Joachim Günther (Plauen), Heinz-Peter Haustein, Elke Hoff, Birgit Homburger, Dr. Werner Hoyer, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Heinz Lanfermann, Sibylle Laurischk, Harald Leibrecht, Michael Link (Heilbronn), Patrick Meinhardt, Jan Mücke, Burkhardt Müller-Sönksen, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Cornelia Pieper, Jörg Rohde, Marina Schuster, Dr. Max Stadler, Carl-Ludwig Thiele, Dr. Volker Wissing, Hartfrid Wolff (Rems-Murr), Dr. Guido Westerwelle und der Fraktion der FDP

Situation und Entwicklung der Wildtiere in Deutschland

Ausgehend von der Fachtagung „Lebensraumkorridore für Mensch und Natur – Handlungs- und Entwicklungsbedarf für einen überörtlichen Lebensraumverbund“ im November 2002 hat das Bundesamt für Naturschutz (BfN) ein entsprechendes Folgeprojekt im Mai 2004 gemeinsam mit dem Deutschen Jagdschutz-Verband (DJV) mit dem Bericht „Lebensraumkorridore für Mensch und Natur“ abgeschlossen. Im Vorwort dazu heißt es: „Flächeninanspruchnahme und damit einhergehende Zerstückelung von Biotopen und Landschaften durch verschiedenste menschliche Tätigkeiten führen zu einer immer stärkeren Trennung und Verkleinerung der Lebensräume wildlebender Tiere und Pflanzen. Infolgedessen verschlechtern sich die Lebensbedingungen so sehr, das zahlreiche Arten auf wenige Restflächen zurückgedrängt werden oder ganz aussterben.“ Erst mit dem Entwurf für eine „Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt“ hat die Bundesregierung dieses Thema im Mai dieses Jahres im Ansatz aufgegriffen. Zwischenzeitlich ist die Zahl der bedrohten Arten auf der Roten Liste aber auch in Deutschland weiter angewachsen.

Parallel zu einer fortschreitenden Zerschneidung der Landschaften gibt es auf der anderen Seite unterschiedlichste, auch von der Bundesregierung geförderte, Projekte zur Wiederansiedlung bzw. Populationsstärkung von großen Wildtieren in der Bundesrepublik Deutschland. Wildkatze, Luchs und Wolf, Elch und Rotwild, Biber und Fischotter beginnen in der Bundesrepublik Deutschland wieder heimisch zu werden. Wir haben damit nicht nur die Chance, die Artenvielfalt in der Bundesrepublik Deutschland wieder zu erhöhen und die natürlichen Gleichgewichte zu stützen, sondern auch die Möglichkeit, Fehler der Vergangenheit zu heilen. Diese Initiativen sind aus Artenschutzsicht sehr zu begrüßen, verschärfen allerdings das Problem eines begrenzten Lebensraums für Tiere und Pflanzen, insbesondere bei wandernden Wildtierarten.

Eine zunehmende Wildtierpopulation erfordert in einem dicht besiedelten Land wie der Bundesrepublik Deutschland ein modernes Management der Tierbestände. Viele der großen Wildtierarten haben ein ausgeprägtes Wanderbedürfnis bzw. benötigen ganz essentiell einen weitläufigen Lebensraum und eine Mindeststärke ihrer Population, um gesund zu überleben. Wir sehen also einerseits wachsende Populationszahlen mit dem dazu notwendigen steigenden Flächenbedarf, und andererseits einen ungebrochenen Trend zum Flächenverbrauch bzw. -zerschneidung für Verkehrs- und Siedlungsprojekte. Gleichermaßen ist noch kein Ansatz gefunden worden, die bereits bestehende Flächenzerschneidung zurückzuführen.

Wenn wir die Projekte der Wiederansiedlung ernst nehmen, darf die Zerschneidung und Beanspruchung der Landschaft in der Bundesrepublik Deutschland nicht fortschreiten ohne dass wir die Durchlässigkeit großzügiger Wanderkorridore garantieren. Ein starke Zunahme der Wildtierpopulation mit steigendem Wanderungsdruck ohne entsprechende Managementmaßnahmen würde zwangsläufig zu weiteren Konfrontationen mit der Bevölkerung, zu sinkender Akzeptanz, Konflikten mit anderen Nutzungen und zur Verkehrsgefährdungen führen. Es müssen Entwicklungspotenziale sowohl für den Infrastrukturausbau wie den Artenschutz gleichermaßen aufgezeigt werden.

Die nationale Strategie für die biologische Vielfalt, die anstehende CBD-Konferenz (CBD = Convention on Biological Diversity) im Mai 2008 in Bonn und das politische Ziel, den Artenverlust bis zum Jahr 2010 zu stoppen, sind Gründe genug, detailliert nach der Situation und den Perspektiven der Wildtiere in der Bundesrepublik Deutschland zu fragen.

Wir fragen die Bundesregierung:

Populationsentwicklung/Perspektiven

1. Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass die Wirkung bereits vorhandener Verkehrsinfrastruktur bei der Wiederansiedlung oder Populationsstärkung von Wildtieren ausreichend berücksichtigt wird, und wenn ja, warum?
Wenn nein, führt die mangelnde Berücksichtigung zu in ihrer Wirkung eingeschränkten Naturschutzmaßnahmen?
2. Wie beurteilt die Bundesregierung die Aussage, dass stabile Wildtierpopulationen mittelfristig eine Mindestgröße an Fläche und den Austausch mit anderen Populationen benötigen, damit die bisherigen Anstrengungen zur Wiederansiedlung bzw. Populationsstärkung nicht ins Leere laufen?
Was unternimmt die Bundesregierung um die notwendigen Flächen und Wanderungswege zu sichern?
3. Welche Erkenntnisse über Bestände und Populationsentwicklungen zu den folgenden Wildtierarten liegen der Bundesregierung vor: Wildkatze, Luchs, Wolf, Bär, Elch, Rotwild und Fischotter?
4. Welche Bestandsprognosen und geplante Maßnahmen zur Fortentwicklung der vorgenannten Arten sind der Bundesregierung bekannt?
5. Mit welchem zukünftigen Flächenbedarf für die oben genannten Wildtiere (Quantität und Qualität) rechnet die Bundesregierung im Hinblick auf stabile Populationen?
6. Liegen der Bundesregierung Erfahrungsberichte oder Studien zu möglichen Schäden an Nutzpflanzen und Nutztieren durch die Wiederansiedlung bzw. Populationsstärkung großer Wildtiere in der Bundesrepublik Deutschland vor?

7. Welche Auswirkungen auf Vorkommen und Verhalten der Beutetiere in den Gebieten mit Vorkommen von Luchs und Wolf liegen der Bundesregierung vor, und werden in Zukunft erwartet?
8. Liegen der Bundesregierung Untersuchungsergebnisse hinsichtlich möglicher Verhaltensstörungen oder atypischen Verhaltens von Wildtieren vor, die aufgrund zu kleiner Lebensräume und Ausbreitungsgebiete hervorgerufen werden?

Wenn ja, sind diese Störungen auch durch die Erfolge der unterschiedlichen Auswilderungs- und Ansiedlungsbemühungen begünstigt worden?

Baumaßnahmen/Technische Hilfen

9. Welche technischen Bauwerke als Querungshilfen für Wildtiere gibt es, und wie sind die Erfahrungen und der jeweilige Finanzbedarf?
Welche Untersuchungen und Projekte wurden von der Bundesregierung dazu angestoßen?
10. Welche Finanzmittel aus dem Bundesverkehrswegeplan sind für den Bau von Querungshilfen eingeplant?
11. Wie sieht die Bundesregierung die zukünftige Perspektive bei der Planung des Bundesverkehrswegeplans hinsichtlich der Belange des Artenschutzes?
12. Wie finanzieren sich die geplanten Querungsbauwerke entlang der Ausbaustrecke der A14 in Sachsen-Anhalt und welche wissenschaftlichen Ergebnisse liegen den Entscheidungen zum Bau dieser Querungshilfen zugrunde?
13. Wie bewertet die Bundesregierung den Einsatz flexibler Ausgleichsmaßnahmen im Naturschutz zur Umsetzung übergeordneter Schutzziele, wie einem landesweiten Wanderungsnetz für Wildtiere?
14. Sind der Bundesregierung technische Konzepte und Maßnahmen bekannt, die den Verkehrsmitteln eine verbesserte Unfallprävention ermöglichen (Nachtsichteinrichtungen, bessere Ausleuchtung der Straßen, Wärmebildkameras, Vergrämungssignale etc.), und wie beurteilt sie diese?
15. Liegen der Bundesregierung Erfahrungsberichte mit Querungshilfen aus den Nachbarländern Schweiz, Österreich oder den Niederlanden vor, und wenn ja, wie bewertet sie diese, und welche Schritte sind geplant, diese in die Arbeit der Bundesregierung einfließen zu lassen?

Flächenzerschneidung/Nutzung

16. Hält die Bundesregierung die bestehenden Maßnahmen im Raumordnungsverfahren und der Umweltverträglichkeitsprüfung für ausreichend, um weitere Zerschneidungseffekte bei der Umsetzung von Infrastrukturmaßnahmen zu minimieren, und wenn ja, warum?
Wenn nein, warum nicht?
17. Welchen Ausgleich plant die Bundesregierung für die auf europäischer Ebene gekürzten Agrarumweltmaßnahmen (GAP II Säule), um weiterhin einen hohen Umweltschutzstandard und Flächenangebot in der Landwirtschaft zu gewährleisten und im Hinblick auf die Wiederansiedlung von wandernden Wildtieren?
18. Wie beurteilt die Bundesregierung die zunehmende Reduzierung der Stilllegungsflächen und die mögliche Abkehr von der Politik der Flächenstilllegung in Europa, und welche neuen Maßnahmen als Ausgleich für den Naturschutz im Agrarsektor sind angedacht?

19. Wie beurteilt die Bundesregierung die verstärkte Biomassenutzung im Hinblick auf einen zu verstärkenden Artenschutz in der Bundesrepublik Deutschland und die Wiederansiedlung von wandernden Wildtieren?

Verkehrssicherheit/Infrastruktur

20. Wie hoch ist die jährliche Anzahl von Verkehrsunfällen unter Beteiligung von Wildtieren?

Wie teilen sich diese Unfälle auf Autobahnen, Bundesstraßen, Landstraßen und Hochgeschwindigkeitstrassen der Bahn auf?

21. Welche direkten Personen- und Sachschäden entstehen jährlich aus diesen Verkehrsunfällen?

Wie teilen sich diese Schäden auf Autobahnen, Bundesstraßen, Landstraßen und Hochgeschwindigkeitstrassen der Bahn auf?

22. Welche zusätzlichen volkswirtschaftlichen Kosten entstehen durch Verkehrsunfälle etwa aufgrund von Straßensperrungen, Einsatz von Rettungsdiensten oder Reparaturmaßnahmen infolge von Wildunfällen?

Wie teilen sich diese Kosten auf Autobahnen, Bundesstraßen, Landstraßen und Hochgeschwindigkeitstrassen der Bahn auf?

23. Wie ist die generelle Einschätzung der Bundesregierung zur Gefährdung der Verkehrssicherheit durch Unfälle mit Beteiligung von Wildtieren?

24. Welche Kosten wenden Bund und Länder jährlich für den Bau und die Unterhaltung von technischen Schutzmaßnahmen (Zäune etc.) entlang von Verkehrswegen auf?

Wie teilen sich diese Kosten auf Autobahnen, Bundesstraßen, Landstraßen und Hochgeschwindigkeitstrassen der Bahn auf?

Welche anderen Stellen, Träger oder Institutionen engagieren sich finanziell für den technischen Schutz vor Wildunfällen?

25. Inwieweit berücksichtigt die Raumordnung und Regionalplanung der Länder den Wildtierschutz und die möglichen Populationsentwicklungen?

26. Wie wird bei der Verkehrswegeplanung die Bedeutung von Wanderwegen und zusammenhängender naturnaher Gebiete für die Wildtiere gewürdigt?

Berlin, den 9. Oktober 2007

Dr. Guido Westerwelle und Fraktion